

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Erster Teil: Einleitung .....	1
§ 1 Problemaufriss .....	3
§ 2 Schwerpunktsetzung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands .....	7
§ 3 Gang der Untersuchung .....	11
Zweiter Teil: Grundlagen der Wissenszurechnung .....	15
§ 4 Rechtserheblichkeit des Wissens .....	17
A. <i>Definition des Wissens</i> .....	17
I. Die Sicherheit des Wissens .....	18
II. „Recht auf Vergessen“ .....	20
III. Rechtlich relevante Formen minderen Wissens .....	23
B. <i>Rechtserheblichkeit der Kenntnis</i> .....	23
C. <i>Rechtserheblichkeit des Kennenmüssens</i> .....	26
D. <i>Rechtserheblichkeit des Kennenkönnens</i> .....	27
§ 5 Die Zurechnung bei arbeitsteiliger Organisation .....	29
A. <i>Arbeitsteilige Organisation</i> .....	29
B. <i>Definition der Zurechnung</i> .....	31
C. <i>Zweck der (Fremd-)Zurechnung unter besonderer         Berücksichtigung der arbeitsteiligen Organisation</i> .....	32

<i>D. Rechtfertigung der Zurechnung</i> .....	33
<i>I. Normative Rechtfertigung der Zurechnung</i> .....	34
<i>II. Begrenzung der Zurechnung: Das Kriterium der Verantwortlichkeit</i> .....	36
<b>§ 6 Die Zurechnung von Wissen</b> .....	39
<b>§ 7 Die Wissenszurechnung nach § 166 Abs. 1 BGB unter besonderer Berücksichtigung arbeitsteiliger Organisationen</b>	41
<i>A. Anwendbarkeit auf Bevollmächtigte</i> .....	41
<i>B. Anwendbarkeit auf Organwissen</i> .....	42
<i>I. Organtheorie vs. Vertretertheorie</i> .....	43
<i>II. Auswirkung auf die Zurechnung von Organwissen gem. § 166 Abs. 1 BGB</i> .....	46
<i>C. Wissenszurechnung von Gehilfen – „Wissensvertretung“</i> .....	48
<i>D. Fazit</i> .....	49
<b>Dritter Teil: Die allgemeine wertende Wissenszurechnung</b> ...	51
<b>§ 8 Das bestehende „pflichtenbasierte“ wertende Wissenszurechnungsmodell</b> .....	53
<i>A. Von der absoluten zur wertenden Wissenszurechnung</i> .....	53
<i>B. Die „pflichtenbasierte“ wertende Wissenszurechnung</i> .....	57
<i>I. Erste Ansätze – Das Karlsruher Forum 1994</i> .....	57
<i>II. Entscheidung des BGH vom 2. Februar 1996 – V ZR 239/94</i> ...	58
<i>III. Adaption in Rechtsprechung und Literatur</i> .....	60
<i>C. Die Wissensorganisation</i> .....	63
<i>I. Wesen der Wissensorganisation</i> .....	64
1. Innenverhältnis .....	64
2. Außenverhältnis .....	66
a) Rechtsgrundlage .....	66
b) Pflichtencharakter vs. Obliegenheit .....	69
<i>II. Ausgestaltung der Wissensorganisation</i> .....	73
<i>III. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Wissensorganisationspflicht</i> .....	78
1. Innenverhältnis .....	79
2. Außenverhältnis .....	82
<i>D. Fazit – Der Behelfscharakter des bestehenden wertenden Zurechnungskonzepts</i> .....	86

## § 9 Entwicklung einer allgemeinen wertenden

Wissenszurechnung bei arbeitsteiligen Organisationen . . . . .	89
<i>A. Entwicklung eines allgemeinen zweistufigen Zurechnungsmodells</i> . . . . .	90
I. Anwendungsbereich: Erfordernis einer hinreichenden Organisationsdichte . . . . .	90
II. Erste Stufe: Unbedingte Zurechnung . . . . .	95
1. Unbedingtheit der Zurechnung . . . . .	95
2. Horizontale und vertikale Zurechnung . . . . .	96
3. Zurechnungsobjekt: Kenntnis und fahrlässige Unkenntnis . . . . .	97
4. Zurechnung von Teilwissen und Wissenszusammenrechnung . . . . .	98
5. Die unbedingte Wissenszurechnung als Zwischenergebnis . . . . .	98
III. Zweite Stufe: Wertungsmäßiges Korrektiv . . . . .	99
1. Zweck der Korrektur . . . . .	99
2. Mittel der Korrektur . . . . .	101
a) Wissensnormabhängige Faktoren . . . . .	102
b) Wissensnormunabhängige Faktoren . . . . .	103
aa) Möglichkeit . . . . .	103
bb) Zumutbarkeit . . . . .	104
3. Beweislastverteilung . . . . .	105
4. Fazit . . . . .	108
IV. Kritische Würdigung . . . . .	109
V. Fazit – Die allgemeine wertende Wissenszurechnung als Antwort auf die Kritik am „pflichtenbasierten“ wertenden Wissenszurechnungskonzept . . . . .	116
<i>B. Normativer Zurechnungsgrund</i> . . . . .	117
I. Gleichstellungsargument . . . . .	118
II. Vertrauensschutz . . . . .	121
III. Risikoverteilung . . . . .	123
<i>C. Dogmatische Verankerung</i> . . . . .	125
I. Methodische Vorüberlegung – Die Rechtsfortbildung . . . . .	126
1. Gesetzesimmanente Rechtsfortbildung . . . . .	126
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung . . . . .	127
3. Abgrenzung . . . . .	129
II. Planwidrigkeit der Regelungslücke . . . . .	131
III. Einzelanalogie aus § 166 Abs. 1 BGB . . . . .	133
IV. Einzelanalogie aus § 278 BGB . . . . .	137
V. Exkurs: Das Zurechnungskonzept des § 166 Abs. 1 BGB vs. jenes des § 278 BGB . . . . .	140
1. Die gesetzgeberische Idee hinter § 166 Abs. 1 BGB . . . . .	142

2. Die gesetzgeberische Idee hinter § 278 BGB .....	143
3. Ein einheitliches Zurechnungskonzept? .....	145
VI. Gesamtanalogie aus den Vorschriften zur Passivvertretung .....	147
VII. Einzelanalogie aus § 31 BGB .....	148
VIII. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung .....	149
1. Rechtsfortbildung mit Rücksicht auf ein rechtsethisches Prinzip .....	150
2. Rechtsfortbildung mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Rechtsverkehrs .....	154
3. Fazit .....	156
IX. Rechtsfortbildung contra legem? .....	156
X. De lege ferenda – Kodifizierung des § 166a BGB .....	161
1. Notwendigkeit der Neuregelung .....	161
2. Systematik der Neuregelung .....	162
3. Formulierung der Neuregelung .....	164
D. Fazit .....	166
 Vierter Teil: Die wertende Wissenszurechnung in unterschiedlichen Organisationsformen .....	167
 § 10 Die wertende Wissenszurechnung innerhalb der juristischen Person .....	169
A. Allgemeine Grenzen der Wissenszurechnung .....	170
I. Zeitliche Grenzen .....	170
II. Persönliche Grenzen .....	173
1. Nemo-tenetur-Grundsatz .....	173
2. Privat erlangtes Wissen .....	177
III. Organisatorische Trennlinien innerhalb des Unternehmens („Chinese Walls“) .....	179
IV. Technische Grenzen .....	184
B. Zurechnung von Organwissen .....	187
I. Leitungsorgan .....	187
1. Unmöglichkeit der Wissensorganisation durch die gesellschaftsrechtliche Verschwiegenheitspflicht unter besonderer Berücksichtigung von Doppelmandaten .....	188
2. Unmöglichkeit der Weitergabe von Insiderinformationen ....	191
3. Begrenzung der Wissensorganisation durch Vertretungsbefugnis und Zuständigkeitsaufteilung .....	191
4. Die Business Judgement Rule als Grundlage für die Begrenzung der Wissenszurechnung? .....	194

II. Überwachende Organe .....	199
1. Die Wissenszurechnung vom Aufsichtsrat zur Gesellschaft .....	200
2. Wissenszurechnung vom Aufsichtsratsmitglied zum Gesamtgremium .....	201
3. Der Sonderfall der Kenntnis vom wichtigen Grund im Rahmen des § 626 Abs. 2 BGB .....	207
a) Möglichkeit der Wissenszurechnung .....	207
b) Treuwidrigkeit der Berufung auf das Nichtwissen des Aufsichtsrats .....	208
4. Unmöglichkeit der Wissensorganisation durch die gesellschaftsrechtliche Verschwiegenheitspflicht .....	209
III. Gesellschafter- und Hauptversammlung .....	210
1. Vertretungsbefugnis der Gesellschafter- oder Hauptversammlung .....	211
2. Die Wissenszurechnung von der Gesellschafterversammlung zu der Gesellschaft .....	213
3. Die Wissenszurechnung vom Gesellschafter zur Gesellschafterversammlung .....	213
4. Der Sonderfall der Kenntnis vom wichtigen Grund im Rahmen des § 626 Abs. 2 BGB .....	214
IV. Interorganzurechnung .....	216
1. Gesellschaftsrechtliche Verschwiegenheitspflichten .....	217
2. Zugriffsmöglichkeiten der Gesellschaft auf die Informationen .....	220
3. Treuwidrigkeit der Berufung auf Nichtwissen bei Kenntnis eines unzuständigen Organs .....	224
C. Zurechnung von Mitarbeiterwissen (vertikale Zurechnung) .....	225
I. Dogmatische Anknüpfung .....	225
II. Zugriffsmöglichkeit der Gesellschaft auf Mitarbeiterwissen ....	227
III. Grenzen der Wissenszurechnung .....	228
D. Fazit .....	230
§ 11 Die wertende Wissenszurechnung innerhalb des Konzerns .....	233
A. Die Konzernproblematik im Lichte der wertenden Wissenszurechnung .....	235
I. Der Konzern im Spannungsfeld zwischen rechtlicher Vielheit und funktionaler Einheit .....	235
II. Vielgestaltigkeit der Konzernstrukturen .....	238
B. Grundlagen der konzernweiten Wissenszurechnung .....	239

I. Der Grundsatz der erweiterten Wissensverantwortung in arbeitsteiligen Organisationen .....	239
II. Konzernrechtliches Trennungsprinzip .....	240
1. Grundsatz .....	240
2. Sonderfall: Einmann-Tochtergesellschaft .....	243
3. Sonderfall: Vertragskonzern .....	244
III. Die Begrenzung der Wissenszurechnung: Beherrschbarkeit des Informationsflusses und Bildung einer funktionalen Einheit als Maßstäbe der wertenden Korrektur .....	246
C. <i>Wissenszurechnung im Unterordnungskonzern</i> .....	248
I. Beherrschbarkeit des Informationsflusses .....	248
1. Der Informationsfluss von der Mutter zur Tochter .....	249
a) Die Beherrschung des Informationsflusses .....	249
aa) Auskunftrechte bei Bestehen einer schuldrechtlichen Sonderverbindung .....	249
bb) Auskunftrechte aus Unternehmensverträgen iSd. § 291 AktG .....	251
cc) Auskunftrechte als Ausfluss mitgliedschaftlicher Treuepflichten .....	252
dd) Zwischenfazit .....	253
b) Ausnahme: Zurechnungsfähigkeit des Wissens der Muttergesellschaft zur Tochtergesellschaft trotz fehlender Beherrschbarkeit des Informationsflusses .....	253
aa) Zurechnungsfähigkeit der Kenntnis der Muttergesellschaft bei Veranlassung nach dem Gedanken des § 166 Abs. 2 BGB .....	253
bb) Zurechnungsfähigkeit der Kenntnis der Muttergesellschaft abseits der konkreten Veranlassung? .....	256
(1) Zurechnung kraft Organisationspflicht der Muttergesellschaft? .....	257
(2) Zurechnung qua erzeugten Vertrauens? .....	260
c) Fazit .....	261
2. Der Informationsfluss von der Tochter zur Mutter .....	262
a) AG-Vertragskonzern .....	262
b) Faktischer AG-Konzern .....	263
c) GmbH-Konzern .....	265
aa) Informationsrecht gem. § 51a Abs. 1 GmbHG vs. Auskunftsverweigerungsrecht gem. § 51a Abs. 2 GmbHG .....	265
bb) Das Informationsrecht als Annexkompetenz zum Weisungsrecht .....	267

cc) Zwischenfazit .....	270
3. Der Informationsfluss zwischen Schwestergesellschaften ....	270
4. Ausnahme: Möglichkeit der Kenntniserlangung trotz fehlender Beherrschungsmöglichkeit des Informationsflusses bei freiwilliger Informationsweitergabe .....	271
a) Informationsweitergabeberechtigung .....	272
b) Nachteilhaftigkeit der freiwilligen Informationsweitergabe .....	274
c) Anforderungen an die Qualität der freiwilligen Informationsweitergabe .....	276
5. Fazit .....	277
II. Bildung einer funktionalen Einheit .....	278
1. Singuläre funktionale Einheit: Veranlassung .....	281
2. Allgemeine funktionale Einheit .....	283
a) Intensives Beherrschungsverhältnis .....	283
aa) Zurechnung von der Tochter zur Mutter .....	284
bb) Zurechnung von der Mutter zur Tochter .....	286
b) Outsourcing .....	287
c) Gemeinsame Nutzung von Informationssystemen .....	289
d) Gemeinsames Auftreten am Markt .....	290
3. Personelle funktionale Einheit: Doppelmandate .....	292
a) Die Zurechnung des Wissens von Doppelmandatsträgern .....	293
b) Verschwiegenheitspflicht der Doppelmandatsträger als Grenze der Wissenszurechnung .....	295
c) Fazit .....	299
III. Fazit .....	300
D. Wissenszurechnung im Gleichordnungskonzern .....	301
I. Die einheitliche Leitung im Gleichordnungskonzern .....	302
II. Die Wissenszurechnung im Gleichordnungskonzern .....	304
1. Der faktische Gleichordnungskonzern .....	304
2. Der vertragliche Gleichordnungskonzern .....	305
a) Die Treuepflicht als Anknüpfungspunkt der Wissenszurechnung? .....	306
b) Die gesellschaftsrechtliche Verbundenheit als Anknüpfungspunkt der Wissenszurechnung – Exkurs: Grundzüge der Wissenszurechnung in der Personengesellschaft .....	307
aa) Die Anwendbarkeit der allgemeinen wertenden Wissenszurechnung auf Personengesellschaften .....	308
bb) Die Zurechnung von Gesellschafterwissen .....	309

cc) Die vertikale Wissenszurechnung .....	313
dd) Fazit – Auswirkungen auf die Wissenszurechnung im Gleichordnungskonzern .....	314
<i>E. Fazit</i> .....	315
<b>§ 12 Die wertende Wissenszurechnung innerhalb der nicht- konzernierten Unternehmensverbindung</b> .....	317
<i>A. Nicht-konzernierte Unternehmensverbindungen in der Wirtschaft</i> .....	317
I. Formen nicht-konzernierter Unternehmensverbindungen .....	317
II. Bedeutung in der Wirtschaft .....	320
<i>B. Vertragstypologische Einordnung nicht- konzernierter Unternehmensverbindungen</i> .....	321
I. Nicht-konzernierte Unternehmensverbindungen als BGB- Gesellschaft? .....	322
1. Der Rahmenvertrag als Organisationsvertrag .....	322
2. Einzelabreden als Organisationsvertrag .....	324
3. Fazit .....	325
II. Nicht-konzernierte Unternehmensverbindungen als Austauschvertrag .....	326
1. Franchisevertrag .....	326
2. Lieferketten .....	328
3. Andere nicht-konzernierte Unternehmensverbindungen .....	330
III. Fazit – Konsequenzen aus der vertragstypologischen Einordnung .....	332
<i>C. Wissenszurechnung im Rahmen von nicht- konzernierten Unternehmensverbindungen</i> .....	333
I. Möglichkeit der gemeinsamen Wissensorganisation – Beherrschbarkeit des Informationsflusses .....	335
1. Grundsatz – Verschwiegenheitspflicht vs. Offenbarungsbefugnis .....	336
2. Vertraglicher Informationsanspruch .....	338
a) Qualitätssicherungsvereinbarungen .....	338
b) Produktions- und lieferbezogene Informationspflichten .....	339
c) Franchising .....	340
3. Informationsanspruch aus Treu und Glauben (§ 242 BGB) ...	342
a) Der Auskunftsanspruch aus Treu und Glauben .....	342
b) Die Reichweite des Auskunftsanspruchs – Möglichkeit der gemeinsamen Wissensorganisation durch Treu und Glauben? .....	344



4. Freiwillige Informationsweitergabe .....	346
5. Exkurs: Unternehmensübergreifende Wissensvertretung ....	346
6. Fazit .....	347
II. Zumutbarkeit der gemeinsamen Wissensorganisation .....	348
1. Gemeinsam genutzte Informationssysteme .....	349
2. Bloße Möglichkeit der Wissenserlangung .....	353
a) Keine allgemeine Pflicht zur Wissensorganisation .....	354
b) Auftreten als „Repräsentant“ des nicht- konzernierten Unternehmensverbundes .....	355
aa) Analogieschluss zu § 31 BGB? .....	357
bb) Wertungsübertragung aus der Repräsentantenrechtsprechung .....	358
c) Intensive Verbundenheit .....	361
d) Drittgerichtete Pflicht zur Wissensorganisation als Ausprägung der Schutzpflicht im Rahmen eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter im Franchising ...	363
aa) Rechtsgrundlage des Vertrages mit Schutzwirkung ...	364
bb) Franchising als Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter .....	365
cc) Der Vertrag mit Schutzwirkung als Grundlage einer gemeinsamen Wissensorganisation .....	368
dd) Zwischenfazit .....	370
e) Informationsaustausch durch gemeinsame Gremien (Franchisebeiräte) .....	371
aa) Differenzierung nach Gestaltung des Gremiums .....	372
bb) Differenzierung nach Art der Informationen .....	373
cc) Differenzierung nach Systempartnern .....	374
dd) Zwischenfazit .....	374
3. Fazit .....	375
D. Fazit .....	376
Fünfter Teil: Resümee .....	377
§ 13 Thesen zum zweiten Teil – Grundlagen der Wissenszurechnung .....	379
§ 14 Thesen zum dritten Teil – Die allgemeine wertende Wissenszurechnung .....	381

§ 15 Thesen zum vierten Teil – Die wertende Wissenszurechnung in unterschiedlichen Organisationsformen	383
<i>A. Die wertende Wissenszurechnung innerhalb der         juristischen Person</i>	383
<i>B. Die wertende Wissenszurechnung innerhalb des Konzerns</i>	385
<i>C. Die wertende Wissenszurechnung innerhalb der nicht-         konzernierten Unternehmensverbindung</i>	386
Literaturverzeichnis	389
Sachregister	415